

Oberst Doule über Wilson.

Das Bild des Mannes, auf dessen Wort hin vor zehn Jahren die Mittelmächte die Waffen niederlegten und auf den alle Völker wie auf den Propheten einer neuen Weltordnung geblickt haben, ist durch zahlreiche Enttäuschungen und Befremdungen in den entscheidenden Tagen so festgelegt, daß auch die Erinnerungen des Obersten Doule, eines Mannes, der in jahrelanger freundschaftlicher Zusammenarbeit mit dem Präsidenten Wilson wirkte, nichts wesentlich Neues beitragen können. Der dritte und vierte Band der Vorlesungen in einem englischen Verlage erschienenen Dokumente des Obersten Doule schließen mit dem Gesundheitszusammenbruch Wilsons und der Begegnung des Senates der Vereinigten Staaten ab, dem Völkerbunde beizutreten. Mit aller Deutlichkeit heben die Erinnerungsbände noch einmal die Tatsache hervor, daß Wilson sein Programm einfach nicht durchzuführen konnte, da die Ententemächte sich bereits in gegenseitigen Verträgen über die Kriegsziele geeinigt hatten. Bereits vor Unterzeichnung des Versailler Friedensvertrages begannen die grundsätzlichen Auseinandersetzungen zwischen dem Präsidenten Wilson und den Alliierten. Die Ententemächte haben sich zunächst gewiegert, das Programm der 14 Punkte anzuerkennen, weil es zu viele explosive und gefährliche Stoffe enthalte. Damals wurde von Doule bereits mit einem amerikanischen Sonderfrieden, allerdings nicht ernsthaft, gebrochen. Die Alliierten kratzen ihre „Vorbehalte“ vor. Die in Aussicht genommene Erörterung der „Freiheit der Meere“ ist praktisch nicht durchgeführt worden. Im Verlaufe der eigentlichen Friedensverhandlungen, von denen bekanntlich die unterlegenen Staaten ausgeschlossen waren, ergaben sich für Wilson eine solche Fülle realer Schwierigkeiten in der Verwirklichung seines Idealprogrammes, daß er Punkt für Punkt abgedrängt wurde und schließlich nur noch um die Verwirklichung seiner Lieblingsidee, um die Schaffung des Völkerbundes, kämpfte. Er glaubte an sich, daß dieser Völkerbund dann sich im Sinne seiner ursprünglichen Friedensforderungen durchsetzen würde. Da aber auch die Konstruktion dieses Völkerbundes geradezu auf dem Sande des durch die Friedensdiktate geschaffenen Zustandes abgestellt war, und auf der anderen Seite alle die Siegesforderungen, gegen die Wilson sich gestemmt hatte, machtpolitisch unerschütterlich verankert wurden, kann man kaum annehmen, daß auch ein Wilson ernsthaft an die Möglichkeit der Schaffung eines wirklichen Friedenszustandes glaubt hat. In Amerika sah man die Verhältnisse erheblich klarer als in dem Dunstkreis der Pariser Intrigen. Doule glaubt, daß Wilson den Völkerbund auch in Amerika hätte zur Annahme verhelfen können, wenn er gewissen Vorbehalten ausgetreten wäre. Dies setzte er sich bedeutend hartnäckiger als in Paris, und sein politisches Lebenswerk brach öffentlich vor aller Welt auseinander. In politischen Kreisen Englands hat diese Veröffentlichung naturgemäß großes Aufsehen erregt. Lord Balfour gibt offen zu, daß Deutschland unter Berufung auf die 14 Punkte den Waffenstillstand abgeschlossen habe, und daß Wilson sich bei seinem Kampfe um die Ausgestaltung des Völkerbundes völlig von den realen Tatsachen habe abdrängen lassen. Er hat nicht Unrecht, wenn er die Ineffektivität Wilsons aus seinem Kranken Bettin erklärt, zumal aus den Veröffentlichungen hervorgeht, daß Wilson den Senat irreführen hat, als er die Kenntnis der Geheimverträge der Alliierten vor Abfassung der 14 Punkte leugnete. Nicht unberechtigt ist Macdonalds Entwerf, daß diese Kriegsdokumente für die Alliierten erniedrigend seien. Wann wird die Welt befreit aus Betrug und Erniedrigung?

Gemeinsame Antwort der Entente-Regierungen.

an. Berlin. Wie wir von einer dem Reparationsagenten nachfolgenden Seite erfahren, hat die alliierte Rabinette über die ihnen von der deutschen Regierung bezügliche der Einberufung des Sachverständigenkomitees gemachten Mitteilungen in einem gemeinsamen Meinungs- austausch eingetreten, der zur Zeit insbesondere zwischen Paris und London außerordentlich aktiv geführt wird. Die Initiative dazu scheint von der französischen Regierung ausgegangen zu sein, die den deutschen Wunsch hat, die Rabinette der verschiedenen Glaubigerstaaten in der in der jüngsten deutschen Demarche angeschnittenen Frage der Prosedur auf einer einheitlichen Linie zu einigen. Wie weit dieser Wunsch der französischen Regierung in London geteilt wird, läßt sich aus den hier vorliegenden Informationen nicht mit Sicherheit feststellen. Immerhin ist anzunehmen, daß man alles versuchen wird, die deutsche Verhandlungsposition nicht gleichlaufend, so doch wenigstens dem Inhalt nach konform zu beantworten. Nach der Gilberts neuer Versuch in Paris, der selbst den diesigen zuständigen Regierungsstellen etwas überraschend gekommen zu sein scheint, wird in unterrichteten Kreisen als ein Versuch angesehen, die alliierten Rabinette zu Gunsten der von Deutschland vorgeschlagenen Beilegung der neuen Reparationskommission mit unabhängigen Sachverständigen zu bestimmen, eine Lösung, die vor allem den Vorteil hätte, daß sie den Vereinigten Staaten die Teilnahme an den Verhandlungen unbedingt ermöglichen würde.

Behovende Einberufung der Vorbereitenden Abstruktionskommission.

X London. Verlinag meldet dem Daily Telegraph aus Paris, der holländische Gesandte in Paris und Vorsitzende der Vorbereitenden Kommission für die Abstruktionskonferenzen London habe im Bezirk, eine Einladung zu einer Zusammenkunft der Kommission, die spätestens gegen Ende Januar stattfinden solle, ergeben zu lassen. Verlinag meint, die Wirkung dieses Schrittes werde sein, daß die Zeit, die den interessierten Mächten zur gegenseitigen Beratung und möglichen Vereinbarung übrig gelassen wird, verkürzt werde. Während der letzten Tage sind, wie Verlinag berichtet, Sir Eric Drummond auf dem Wege von London nach Genf und der Direktor der Abstruktionsabteilung des Völkerbundes Goldan in Paris zusammengekommen und haben die Lage erörtert, die durch die Ablehnung des englisch-französischen Kompromisses von Seiten Roms und Washingtons geschaffen worden ist. Auf den Vorschlag Goldans, der sich anknüpfend mit Washington in Verbindung setzt, seien sie zu dem Schluß gekommen, daß der beste zu verfolgende Weg sein würde, die in Betracht kommenden Mächte zu zwingen, ihre Karten auf den Tisch zu legen und daher für einen baldmöglichen Zusammentritt der Kommission Sorge zu tragen.

Die Verwaltungs- und Verfassungsreform in Zahlen.

Die Behördeninflation und die Steigerung des öffentlichen Bedarfs.

von. In dem von den Spitzenverbänden von Handel, Banken, Handwerk und Industrie herausgegebenen Werk über die zahlenmäßigen Grundlagen für die Durchführung einer Reform der deutschen Verwaltung und Verfassung wird die gewaltige Steigerung des öffentlichen Aufwands in Reich, Ländern und Gemeinden seit der Inflation, die allein in den beiden Jahren von 1925 auf 1927 annähernd 2,5 Milliarden RM. betragen hat, u. a. mit der Behördeninflation begründet.

Abgesehen von den Reparationsverpflichtungen Deutschlands ist die Aufwandssteigerung hauptsächlich durch den Aufgabenzuwachs im Innern, der auf Krieg und Inflation zurückzuführen ist, und durch die unzulängliche staatspolitische, finanzpolitische und verfassungspolitische Lösung des Verhältnisses von Reich und Ländern verursacht worden. Der sachliche Aufgabenzuwachs der öffentlichen Verwaltung hat eine starke Ausdehnung erfahren durch die neuen Anforderungen der Nachkriegszeit, insbesondere die inneren Kriegs- und Kriegsvorgangslasten und die Sozial- und Wohlfahrtslasten des Reich, Ländern und Gemeinden.

Eine ganze Reihe neuer Behörden mußte geschaffen werden, um die Wohnungs- und Siedlungsfürsorge, die Armen-, Wohlfahrts- und Jugendfürsorge, die Fürsorge für die Klein- und Sozialrentner und die Erwerbslosenfürsorge zu bearbeiten. Beispielsweise waren nach den Berechnungen des Reichstagsabgeordneten Lude für die Wohnungswangswirtschaft 58 400 Beamte erforderlich, und zwar 36 000 Beamte für die Wohnungsdämter selbst, 19 000 Beamte für die Bearbeitung von Wohnungsdangelegenheiten bei Gerichten und 6000 Steuerbeamte für die mit der Wohnungswangswirtschaft zusammenhängenden Steuern. Dieses Beamtenheer sollte jährlich 200 Millionen RM., wozu noch etwa 100 Millionen RM. für sachliche Geschäftsbetriebskosten hinzutreten. Die im Zusammenhang mit der Wohnungswangswirtschaft geführten Prozesse haben dem Staat 1224 Millionen RM. gekostet und bei den Beteiligten einen Verdienstfall von über 91 Millionen RM. verursacht. Insgesamt berechnet Lude die Kosten der Wohnungswangswirtschaft ohne den gesamten öffentlichen Aufwand für die eigentliche Förderung des Wohnungsbauwesens, für das Jahr 1927 allein auf 555,4 Millionen RM. Für die unmittelbare Förderung des Wohnungsbauwesens haben 1927 das Reich 25,5 Millionen, die Länder 31,7 Millionen, die Gemeinden (1925) 776,5 Millionen RM. aus.

Der öffentliche Aufwand für die allgemeinen Wohlfahrtsmaßnahmen, die Erwerbslosenfürsorge, die Wohnungsfürsorge usw. wird ansehnlich durch die Kosten der Organisation weit über das notwendige Maß hinaus gesteigert. Der Aufwand für das gesamte Wohlfahrtswesen einschließlich der Erwerbslosenfürsorge, des Wohnungswesens und der gemeinnützigen Initiativen erfordert in Reich, Ländern und Gemeinden im Jahre 1927 eine Ausgabe von 1,8 Milliarden RM., wozu das Reich mit rund einer Milliarde, die Länder mit 1/2 Milliarde und die Gemeinden mit 2 1/2 Milliarden beteiligt waren.

Infolge der Zersplitterung der Staatsgewalt, die neben der Reichsregierung und dem Reichstag noch von 15 Länderregierungen und 17 Landesparlamenten ausgeübt wird, fallen auf den wichtigsten Gebieten des inneren Staatswesens Gesetzgebung und Verwaltung nicht nur organisatorisch, sondern auch politisch auseinander und erschweren eine zielbewusste Politik nach einheitlichen Richtlinien.

Die Konkurrenz zwischen Reichs- und Länderbehörden führt zu einer Unmenge von Doppelarbeit, die die öffentlichen Verwaltungskosten in wirtschaftlicher Weise erhöht und die wirtschaftliche Entwicklung hemmt.

Das Finanzschießsystem, bei dem der Reichsfinanzminister den Ländern und Gemeinden jährlich nahezu drei Milliarden RM. überweist, ohne einen Einfluß auf die Verwendung dieser Mittel zu haben, und bei dem die Länder wohl eine Mindestgarantie haben, aber keine Obergrenze festgelegt ist, zerstört die Selbstständigkeit und das Verantwortungsfähigkeit der Landesfinanzminister und führt oft zur Befriedigung lokaler Bedürfnisse von geringerer Bedeutung.

Alles in allem zehlt sich bei der Betrachtung der wesentlichen Ursachen der öffentlichen Aufwandssteigerung, daß nur durch eine Verwaltungs- und Verfassungsreform Erfolge möglich gemacht werden und eine wirtschaftlichere Verwendung der öffentlichen Mittel und damit eine Stabilisierung des heutigen Steuerneubaus und seine allmähliche Senkung erzielt werden kann.

In jeder gut funktionierenden Volkswirtschaft muß, so wird weiter ausgeführt, zwischen dem wachsenden Funktionieren der öffentlichen Körperlichkeiten und dem Umfang und der Leistungsfähigkeit der privaten Wirtschaftstätigkeit ein harmonisches Verhältnis bestehen. Der Wiederaufbau des Wohlstands im Innern und die Erfüllung der auswärtigen Verpflichtungen haben die Frage der Kapitalbildung zum Zentralproblem der gesamten Wirtschaftspolitik Deutschlands gemacht. Der Kapitalbedarf mußte mangels eigener Kapitalreserven in erheblichem Maße mit ausländischen Kapitalien gedeckt werden; innerhalb der letzten Jahre sind von Deutschland ausländische Kapitalien in Höhe von rund sieben Milliarden RM. aufgenommen worden. Für jede wirtschafts- und staatspolitische Realpolitik kann der einzige Weg zu festen Grundlagen für einen neuen Wohlstand unserer Völker nur über eine Senkung unserer Gehaltskosten eine Steigerung der Fertigmengen-Ausfuhr und eine Hebung der Eigenkapitalbildung führen.

Die innere Kapitalbildung der letzten drei Jahre von zusammen 20 Milliarden kann die erlittenen Substanzverluste nicht im entferntesten ausgleichen. Die wirtschaftliche Verwendung der in die öffentlichen Kassen fließenden Mittel der Steuerzahler durch die Verwaltung muß durch eine umfassende Kontrolle der gesamten öffentlichen Finanz- und Verwaltungswirtschaft gesichert werden. Eine Einsparung von Kosten in der öffentlichen Verwaltung durch eine Rationalisierung dieser Verwaltung ist von höchster volkswirtschaftlicher und staatspolitischer Bedeutung. Ohne eine grundlegende Neuorientierung der öffentlichen Ausgabenwirtschaft muß ein weiteres Steigen der öffentlichen Ausgaben und damit der Steuerbelastung unseres Volkes zwangsläufig eintreten. Nur eine Reform der Besteuerung, eine Neuorientierung der öffentlichen Ausgabenwirtschaft und öffentliche Verwaltungswirtschaft wird eine Senkung der volkswirtschaftlichen Gehaltskosten ermöglichen, die die Voraussetzung für den Wiederaufbau der Wirtschaft und aller Teile unseres Volkes ist.

Ein umfassendes statistisches Material gibt einen Überblick über die Staatsausgaben des Reichs und aller einzelnen Länder nach Verwaltungszwecken und Verwendungsorten im Jahre 1927 unter besonderer Berücksichtigung des Verhältnisses von Steuerkraft und Verwaltungsaufwand.

Der Kampf im Ruhrgebiet.

Wie der Vorwärts erfährt, ist bis zum Sonnabend feindsel des Arbeitgeberverbandes Nordwest noch keine Festlegungslage beim Reichsarbeitsgericht oder bei den sonstigen in Frage kommenden Amtsgerichte in Essen oder Düsseldorf darüber eingeleitet worden, ob der Schiedsspruch vom 27. Oktober rechtskräftig ist oder nicht. Die Frage der Wohlfahrtspflege und Unterstützung der nicht organisierten Arbeiter wird dem genannten Blatt zufolge im ganzen Ruhrrevier einheitlich geregelt werden. Zu diesem Zweck wird in der nächsten Woche eine Versammlung der Oberbürgermeister, der Finanz- und Wohlfahrtsbegegnenten stattfinden. Die freien Gewerkschaften veröffentlichen einen Aufruf, in dem die Arbeiterschaft zu strengster Disziplin ermahnt wird. In dem Aufruf heißt es u. a.: Versammlungen und Demonstrationen, die nicht von der Organisationsleitung veranstaltet sind, sind von den Mitgliedern des Deutschen Metallarbeiterverbandes und den übrigen freien Gewerkschaften zurückzuführen zu werden. Wir lehnen jede Verantwortung für Schäden, die aus solchen Veranstaltungen entstehen, ab. Der Stilllegungsprozeß nimmt, wie berichtet wird, seinen Fortgang. Während die Hochöfen der Hüttenwerke noch nicht ausgeblasen sind, fordern vorläufig noch weiter Dampf gehalten werden, sind bei den meisten Hüttenwerken inzwischen die Wartarbeiten erloschen. Sie liegen vor dem Zusammenbruch. Der Neuaufbau der Werksanlagen wird mindestens sechs Tage in Anspruch nehmen.

Die örtlichen Metallarbeiter zur Aussperrung.

X Düsseldorf. Die Gewerkschaften stellen am gestrigen Sonntag im ganzen Rhein-Ruhr-Bezirk Versammlungen ab, um zur augenblicklichen Lage Stellung zu nehmen und Entschlüsse zu fassen. In einer in Düsseldorf abgehaltenen Versammlung der örtlich organisierten und örtlich gekannten Metallarbeiterarbeiterschaft wurde nach längerer Ausführungen des Bezirksleiters Graf aus Duisburg ohne Ausrede einstimmig eine Entschlieung angenommen, die im wesentlichen besagt: In den rechtlichen Bedenken, die von Seiten der Arbeitgeber gegen den Schiedsspruch erhoben werden, wird erklärt: Zeit Bestehen des Schlichtungswesens in Deutschland sind tausend Schiedssprüche unter den gleichen Bedingungen gefaßt worden. Durch die Verbindlichkeitsklärung des Lohnschiedsspruchs ist der Schiedsspruch Gesetz geworden und als tarifliche Abmachung zu betrachten. Eine Nichtbeachtung dessen ist ein Verstoß gegen die Staatsautorität. Gäbe die Arbeiterschaft sich gegen den verbindlich erklärten Schiedsspruch aufgelegt und wäre in einen Streik getreten, wäre ihr bestimmt von Seiten der Arbeitgeber der Vorwurf des Tarifbruchs und des Verstoßes gegen die Staatsautorität gemacht worden. Denselben Vorwurf machen die Versammelten dem Arbeitgeberverband Nordwest. Die Arbeitgeber führen den Kampf nicht aus Anlaß der geringen Lohnhöhe, sie haben diesen Kampf von langer Hand vorbereitet und kämpfen gegen die Staatsautorität, um die Befestigung des Schlichtungswesens, der Gewerkschaften und

des Tarifgedankens. Um dieses Ziel zu erreichen, haben sie Kampfmaßnahmen ergriffen, wodurch eine Million deutscher Volksgenossen dem Glend überliefert werden. Es wird von der Reichsregierung erwartet, daß sie ihre Staatsautorität geltend macht und die Arbeitgeber von Nordwest zur Anerkennung von Gesetz und Recht zwingt. Die Leitung des örtlichen Metallarbeiterverbandes warnt ihre Mitglieder vor Demonstrationen und Provokationen politisch linksgerichteter Kreise, fordert sie auf, sich von Straßen und Plätzen fern zu halten, nicht die Wirtschaft zu beunruhigen und volle Ruhe und Besonnenheit zu wahren.

Vermittlungen im Ruhrkampf.

* Berlin. (Tel.) Wie nach einer Meldung des Westfälischen Volksboten verlautet, steht das Reichsarbeitsministerium sowie das Reichsministerium für Arbeit und Wohlfahrt mit dem Gewerkschaften und dem Unternehmerverband in enger Fühlung. Daneben sollen inoffizielle Besprechungen zwischen Führern aus dem Gewerkschaftslager des Zentrum und mehreren der Zentrumspartei nahe stehenden Arbeitgebervereinigungen auf welcher Verhandlungsbasis die zuständigen Berliner Instanzen ihre Vermittlungsfunktion zu führen gedanken, Rehe noch nicht ist. Gerüchtmäßig verlautet, daß die Arbeitszeitregelung als Verhandlungsbasis dienen sollte.

Stegerwald im Aussperrungsgebiet.

Nach Meldungen aus Bochum ist Stegerwald im Aussperrungsgebiet eingetroffen. Wie verlautet, beabsichtigt Stegerwald eine Vermittlungsfunktion einzunehmen. Auf Anträge in Unternehmenskreisen wurde mitgeteilt, daß zur Zeit eine Stellungnahme zu der Aktion Stegerwalds nicht möglich sei. In diesem Zusammenhang wurde darauf hingewiesen, daß auf Arbeitgeberseite kein die Bereitschaft zur Wiederaufnahme von Verhandlungen vorhanden sei. Die Bochumer Stadtverordnetenversammlung hat beschlossen, die bedürftigen Aussperrten zu unterstützen.

Zum Besuch Stegerwalds im rheinisch-westfälischen Industriegebiet.

X Essen. Gegenüber Zeitungsmeldungen, daß Stegerwald in das Industriegebiet gekommen sei, um zur Schlichtung im Essenfall beizutragen, verlautet hier, daß Stegerwald am Freitag in das Industriegebiet gekommen ist, um an einer schon vor drei Wochen einberufenen Sitzung einer Bank teilzunehmen. Er ist am Sonnabend vormittag über Köln nach Nürnberg weiter gereist und hat während seines Aufenthaltes im Industriegebiet keinerlei Verhandlungen mit irgendwelchen Arbeitgeberverbänden oder sonstig geführt, sondern hat sich völlig neutral verhalten.